

THEOLOGIE



# CHRIST UND STAAT

EIN SPANNUNGSGELADENES  
VERHÄLTNIS

Michael Kotsch, Detmold

## I. HISTORISCHE ASPEKTE

In den vergangenen 2.000 Jahren interpretierten Christen und Menschen, die sich für Christen hielten, ihr Verhältnis zum Staat in sehr unterschiedlicher Weise. Die einen lebten weitgehend neben der allgemeinen Gesellschaft, andere wollten die Politik bestimmen. Für die einen waren Staat und Gemeinde untrennbar miteinander verbunden, andere verstanden sie als weitgehend voneinander getrennte Bereiche.

### *Christen im Römischen Reich*

Die Christen der ersten drei Jahrhunderte sahen sich einem glaubensfeindlichen Staat gegenüber. In der Erwartung der unmittelbaren Wiederkunft Jesu und des anbrechenden Reiches Gottes konzentrierten sich die gesellschaftlichen Aktivitäten und Forderungen der Christen auf das durch die ethischen Prämissen Jesu geprägte Alltagsleben und der ungehinderten Verkündigung des Evangeliums. So beteten die Christen für den römischen Kaiser, der ein solches Leben gewährleisten sollte und beklagten in Verteidigungsschriften die Ungerechtigkeit des Staates. Darüber hinaus gab es selbst bei den bekannten Christen in hoher politischer oder gesellschaftlicher Stellung keine genuin christliche Politik.<sup>1</sup>

### *Augustinus*

„Die Guten gebrauchen die Welt, um Gott zu genießen; die Bösen hingegen wollen Gott gebrauchen, um die Welt zu genießen.“<sup>2</sup> Nach Augustinus (354-430) stehen sich in dieser Welt zwei Staaten dualistisch gegenüber: 1. der Weltstaat der Gottesverächter, der sich nach dem Genuss des Vergänglichen ausrichtet und 2. der Gottesstaat der Gottesverehrer, der sich nach den ewigen Werten Gottes richtet. Der reale irdische Staat ordnet nicht das Veränderliche dem Unveränderlichen unter und bezieht weder alles auf Gott, noch lehnt er

den Genuss zeitlicher Güter ab. Er ist ein Gemisch aus beiden Reichen und soll seine von Gott gegebenen Aufgaben ausfüllen, indem er die ewigen Gesetze Gottes in zeitliche Gesetze des Staates überführt, den inneren Frieden sichert, sich um materiellen Wohlstand kümmert und den Christen Freiheit zur Verkündigung des Evangeliums gewährt. Der einzelne Christ solle sich laut Augustinus aber eher einem praktischen Beruf als der Politik widmen.<sup>3</sup>

### *Mittelalterliche germanische Kirchen*

Ausgehend von der starken religiösen Rolle des germanischen Herrschers in vorchristlicher Zeit wurde auch die christliche Gemeinde unter die Oberhoheit des Regenten gestellt. Während der ersten Zeit waren die Priester dem Heer angegliedert und nicht selten entschied der Ausgang einer Schlacht über das Bekenntnis eines Herrschers. In sogenannten *Eigenkirchen* war der Landesherr für den Kirchenbau und die Besetzung der Pfarrstelle zuständig. Überregionale Herrscher verstanden sich als von Gott eingesetzte Schutzherren der Kirche und scheuten sich nicht, territoriale Machtinteressen durch gewaltsame Mission voranzutreiben oder mit Gesetzesentwürfen theologische Streitfragen zu entscheiden. Der starke politische Einfluss auf den christlichen Glauben stand in zunehmendem Konflikt mit dem politischen Anspruch der Kirche.<sup>4</sup>

### *Orthodoxe Kirche*

Die Stellung des Christentums als Staatsreligion hielt sich seit Kaiser Theodosius (347-395) in der orthodoxen Kirche bis in die jüngste Vergangenheit hinein. Bis heute ist die orthodoxe Kirche, stärker als die katholische, regionalisiert und an die Geschichte einzelner Nationalstaaten gebunden. In den Ländern der Orthodoxie entstand ein *Cäsaropapismus*, in dem zwar formal der Patriarch, real aber der jeweilige Herrscher Oberhaupt der Kirche war. Die überwiegend nationalisierten Kirchen zogen sich weitgehend aus einer gesellschaftlichen und politischen Gestaltung des Staates zurück, um sich vorwiegend auf persönliche und rein theologische Fragen zu beschränken und die Entscheidungen des Herrschers, bis auf wenige Ansätze zur Kritik, zu legitimieren.

### *Kirchen unter islamischer Oberhoheit*

Das gesellschaftliche Engagement der in islamischen Staaten lebenden Christen, beispielsweise in Syrien oder Ägypten, begrenzte sich vorwiegend auf den privaten Lebensbereich und kircheninterne, soziale und kulturelle Fragen. Die sie umgebende muslimische Gesellschaft toleriert den christlichen Glauben lediglich unter Bedingungen, die das Wesen christlichen Engagements stark reglementierte: keine Mission, eingeschränkte Bürgerrechte, Berufsverbote, Sondersteuern usw.<sup>5</sup>

### *Mittelalterliches Papsttum*

Der Anspruch der hochmittelalterlichen Päpste umfasste sämtliche Autorität über geistliche, politische und gesellschaftliche Fragen. Der Papst könne aus der Kirche und somit aus dem Reich Gottes ausschließen, er könne Könige ein- und absetzen. Seine Entscheidungen seien unfehlbar. Er habe höchste richterliche Gewalt. Er stehe deutlich höher als die übrigen Menschen und wenig niedriger als Gott. Dieser umfassende Anspruch wurde nicht nur verbal, sondern auch militärisch verfochten. Bei dieser Konzeption fielen *Reich Gottes* und *Reich der Welt* zusammen, wenn auch unter eschatologischem Vorbehalt und mit machtpolitischen, von der Bibel losgelösten Prämissen.<sup>6</sup>

### *Martin Luther*

Der mittelalterlichen *Zwei Schwerter Lehre* (geistlich / weltlich), die beide, nach katholischer Auffassung, in die Hand der Kirche gehörten, antwortet Luther mit der *Zwei Reiche Lehre*. Demnach wirkt Gott durch zwei Regimenter, dem zur Rechten (der Gemeinde der Glaubenden) und dem zur Linken (dem Staat, einschließlich Wirtschaft und Familie). In dem einen herrscht Gott direkt durch sein Wort und die Sakramente in Liebe, im anderen mittelbar durch die Regierung, Zwangsordnungen und Gewalt, war Luther überzeugt. Die Kirche kann sich dabei auf die Heilsordnung stützen, wohingegen der Staat seine Rechtfertigung aus der Schöpfungs- und Erhaltungsordnung Gottes bezieht. Auch hier soll der Staat nicht verchristlicht werden, sondern lediglich die freie Evangeliums-Verkündigung gewährleisten. Der Christ nimmt, nach Luther, an beiden Reichen teil,

handelt aber nach unterschiedlichen Maßstäben. Einerseits richtet er sich nach den Geboten Jesu in der Bergpredigt, andererseits nach den Geboten des Alten Testaments und der menschlichen Logik, was die Politik betrifft. Christliches Handeln im Staat zeigt sich durch Protest, Belehrung, Auswanderung und dem Hören auf das, durch den Glauben geprägte Gewissen.<sup>7</sup>

### **Johannes Calvin**

Calvin entwickelte seine Stellung zur Gesellschaft aus der Gotteslehre. Gott sei nie inaktiv, sein Wort besitze stets Tatcharakter, woraus sich beim Menschen als seinem Ebenbild eine deutliche gestalterische Aktivität in allen Lebensbereichen ergäbe. Den Staat führt Calvin auf den guten Schöpfungs- und Erlösungswillen Gottes zurück. Der Christ ist deshalb sogar dem ungerechten Staat gegenüber zum Gehorsam verpflichtet. Nur wenn dieser eindeutigen Ungehorsam gegen deutliche Anweisungen Gottes verlangt, muss der Christ Widerstand üben.<sup>8</sup>

*Seit Gott die Welt geschaffen hat, betreibt er Politik. Ihn interessiert das Ergehen der Menschen. Gott macht Weltpolitik.*

Bei Calvin wird „der alttestamentliche Bundesgedanke auf das Volk als politische Einheit bezogen und umfasst es in seinen geistlichen und weltlichen Bezügen. Der Staat ist Gottesstaat, und Gottes Gebot ist staatliches Gesetz. Der christliche Glaube durchdringt die Gesellschaft und richtet sie nach Gottes Willen aus. Die auch Calvins Sozialtheologie zugrundeliegenden beiden Regimenter beziehen sich hier auf ein und dasselbe Volk. Damit wird die Heilsordnung zum Vorbild auch der Polis [des Staates]. Die Idee des allgemeinen Priestertums [...] wird so zum Paradigma der staatlichen Ordnung. [...] Die auf biblischer Weisung beruhende Kirchenverfassung ist andererseits für den Staat unverfügbar. Der Bundesgedanke [...] ist der Maßstab richtigen Staatshandelns, das sich damit vor dem Forum des christlichen Gewissens zu verantworten hat.“<sup>9</sup>

### **Täufer**

Im Gegensatz zur lutherischen und reformierten Kirche vertraten Täufer die Auffassung, dass die christliche Gemeinde ausschließlich aus der Gruppe der bekehrten und glaubensgetauften Menschen besteht. Mit der Aufgabe des Volkskirchen-Gedankens verschwand auch das Anliegen für eine Durchdringung der ganzen Gesellschaft. Die Täufer sahen sich vielmehr als eine *kleine Herde* in einer feindlichen, antichristlichen Umwelt, aus der es galt, sich fern zu halten, um möglichst rein bleiben zu können. Gerade die Verbindung mit dem Staat sahen die Täufer als Sündenfall der Kirche. Differenzen zur Gesellschaft, sogar Verfolgung wurden als notwendiges Zeichen der wahren Christen angesehen. Christliches Leben in der Öffentlichkeit spielt sich deshalb nach den Regeln der Bergpredigt vor allem unter den Glaubensgenossen ab.<sup>10</sup>

„Am deutlichsten aber wichen die Täufer in ihrer Lehre von der Kirche bzw. von der Gemeinde von der offiziellen protestantischen Theologie ab, obwohl ihre Haltung zu anderen Fragen wie Eidesverweigerung, Ablehnung von obrigkeitlichen Ämtern, strikte Kriegsdienstverweigerung, dem Bestehen auf Trennung von Staat und Kirche und dem Einstehen für Gewissensfreiheit ebenfalls auffallende Abweichungen waren.“<sup>11</sup> – Die strikte Distanz zur *Welt* wurde in den letzten Jahrzehnten von vielen Mennoniten gegen ein starkes soziales und friedenspolitisches Engagement getauscht.<sup>12</sup> Stark positiv gesellschaftlich prägend waren Mennoniten zumeist in ihren eigenen Kolonien und deren direktem Umfeld.

### **Aufklärung**

Durch die Trennung der Glaubenswahrheiten von den Vernunftwahrheiten wurde der Einfluss des christlichen Glaubens auf die Gesellschaft stark eingeschränkt. Rationalistische Theorien ersetzten zunehmend religiöse Legitimationen und Grundwerte. Das Verhältnis von Regierung und Volk beruhe auf einem Gesellschaftsvertrag, nicht auf einer Ordnung Gottes. Das ethische Verhalten müsse sich nach dem kategorischen Imperativ intellektuell erschließen, nicht mehr aus Gottes Geboten ableiten lassen. Staat und Kirche müssten völlig voneinander getrennt werden,

weniger zur Befreiung der Kirche als zur Lösung des Staates von scheinbar nicht-rationalen Strukturen (z.B. in der Französischen Revolution). Die vor religiösem Hintergrund formulierten Menschenrechte<sup>13</sup> verselbstständigten sich und wurden so zu vernünftigen Wertgrundlagen des modernen Staates. Nach dieser Konzeption hat Religion in der Gesellschaft lediglich als Zeichen persönlicher Meinungsäußerung eine Existenzberechtigung.

### **Pietisten**

Einerseits wandte sich die Erweckungsbewegung des Pietismus an den einzelnen Menschen, der seine Sünden bekennen, sich bekehren und dadurch sein Leben mit Gott in Ordnung bringen sollte. Aus dem konsequenten Leben des Christen sollten dann auch praktische Werke der Nächstenliebe erwachsen. Der Staat wurde oftmals lediglich als Rahmen der eigenen, vom Glauben geprägten Tätigkeit wahrgenommen. Einzelpersonen initiierten weitreichende soziale Hilfsprogramme und vertraten ihre spezifisch christlichen Auffassungen in der Dichtung (Klopstock, Novalis), Philosophie (Fichte, Kierkegaard), Musik, Politik, Jura, Geschichte und Pädagogik (Francke).

Andererseits veränderten Pietisten die Gesellschaft nachhaltig, was durchaus auch beabsichtigt war. Allerdings sollte diese Veränderung nicht zuerst über strukturelle, politische Maßnahmen, sondern über die geistliche Veränderung vieler Menschen erreicht werden. „Frankes Pietismus bildete ein Hauptelement im Entstehungsprozess des Preußentums. Er schuf durch die Pflichttreue und Sparsamkeit, die er für den Umgang mit Zeit und Geld einschärfte, durch den Opferwillen für große Ziele und durch das unbestechliche Verantwortungsbewusstsein [...] die klassische Dienstauffassung und die Verbindung von Nüchternheit mit Tatkraft.“<sup>14</sup>

„Obwohl der Pietismus dem weltlichen Leben eher abgewandt als zugewandt schien, gingen auch in dieser Hinsicht bedeutende Wirkungen von ihm aus. Sowohl Spener als auch Franke und Zinzendorf [...] hatten starken Einfluss auf den Adel. Sie gewannen ihn in großem Umfang für ihre Werte [...] Franke konnte den brandenburgisch-preußischen Hof für sich gewinnen und den Geist

der Regierungskreise mitbestimmen. Die Herrnhuter Brüdergemeine [...] sah sich in den russischen Ostsee-provinzen [...] in der Lage, die Bauernbefreiung einzuleiten.<sup>15</sup>

### „Christliche“ Anarchisten

Lew Nikolajewitsch Tolstoi (1828-1910) vertrat einen „christlichen Anarchismus“, den er durch eine wörtliche Anwendung der Bergpredigt auf das politische Handeln begründete. Da weder Staat noch Kirche dem Anspruch Jesu der völligen Gewaltfreiheit entsprechen, müsse sich der Christ von ihnen zurückziehen, um durch Aufklärung, vorbildliches Verhalten und Modellgründungen anarcho-sozialistischer Kommunen die Gesellschaft umzuprägen. Dabei fielen die Ausschließlichkeit der alttestamentlichen Gebote und deren notfalls gewaltmäßige Durchsetzung seitens des Staates weg. Der einzelne Christ sei lediglich den Geboten der Nächstenliebe und Gewaltlosigkeit in seinem Gewissen verpflichtet.<sup>16</sup>

### Befreiungstheologie

Die theologischen und historischen Aussagen der Bibel müssten nach Ansicht der Befreiungstheologie in direktem Zusammenhang mit den sozialen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Bedingungen der Menschen gesehen werden (seit 1960). Die großen Verheißungen der Bibel werden konkret auf die eigene Not bezogen, die Befreiung Israels aus Ägypten verheißt demnach gleichzeitig die Befreiung gegenwärtig Unterdrückter, die unter Umständen diese göttlich legitimierte Zusage mit eigener Kraft herbeiführen können, da Gott eine Option für die Armen hat, also grundsätzlich auf ihrer Seite steht. Glauben und Gesellschaft werden hier eng miteinander verbunden.<sup>17</sup>

### Situation in der

#### Bundesrepublik Deutschland

Auf der einen Seite gilt in der Bundesrepublik eine strenge Trennung von Staat und Kirche, die in der Religionsfreiheit (Art. 4, Abs. 1 und 2 GG), der Vereinigungsfreiheit (Art. 137 Abs. 7 WRV), der Ablehnung einer Staatskirche (Art. 137, Abs. 1 WRV) und des Verbots der staatlichen Aufsicht über die Kirche (BverfGE 18, 385, 386f; 30, 415, 428) zu Tage treten.

Auf der anderen Seite räumt der

Staat die Möglichkeit von *Konkordaten* und Kirchenverträgen ein, verleiht Religionsgemeinschaften die Stellung als *Körperschaft des öffentlichen Rechts* (Art. 137, Abs. 5 WRV), zieht im Zusammenhang damit die Kirchensteuer ein (Art. 137 Abs. 6 WRV), schützt die kirchlichen Feiertage (Art. 139 WRV) und arbeitet im sozialen und pädagogischen Bereich eng mit den Kirchen zusammen (Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Soldaten- und Gefangenenseelsorge, Schwangerschaftsberatung, theologische Fakultäten der Universitäten).

Neben der Berufung auf Gott im Grundgesetz und zahlreichen Länderverfassungen werden Christen immer wieder zur Mitverantwortung in der Gesellschaft aufgerufen. Außerdem bietet das Gesetz dem Christen als Staatsbürger zahlreiche Möglichkeiten der aktiven und passiven Mitgestaltung des öffentlichen Lebens (Vereine, Bürgerinitiativen, Wahl und Nominierung zur Wahl, Volksentscheide, Verfassungsklagen, ...).<sup>18</sup>

## II. BIBLISCHE ASPEKTE

### Gott ist politisch

Seit Gott die Welt geschaffen hat, betreibt er Politik. Ihn interessiert das Ergehen der Menschen. Er setzte Könige ein, denen er die Verantwortung über ein Volk anvertrauen wollte (Dan 2,21). Er beauftragte fremde Herrscher damit, Israel zu strafen, wenn dieses sich zu weit von den Geboten Gottes entfernte. Er ließ Weltreiche untergehen oder bestrafte gottlose, stolze Handelsstädte (2Mos 17,16; 2Chr 20,15ff.; 35,20f; Jes 42,24f.). Die unterdrückten Juden befreite Gott aus ägyptischer Sklaverei (2Mos 5f.). Gott bereitete das Kommen seines Sohnes durch die politische Konstellation der *Pax Romana* (Römischer Friede, Verkehrsverbindungen, einheitliche Sprache) vor. Den frühen Christen schickte er Konstantin den Großen, der die grausame Verfolgung beendete (312 n.Chr.). Den Gläubigen in der Sowjetunion schenkte Gott Freiheit durch das überraschende Ende der kommunistischen Herrschaft (1980er Jahre). Gott hat auch einen festen Fahrplan für die politischen Ereignisse in der

Endzeit. Gott macht Weltpolitik. Er bestimmt das Geschehen der Zeit – wie der deutsche Philosoph Hegel es im 19. Jahrhundert formulierte.

*Biblische Wahrheit sollte immer in Liebe, in Maß und in der richtigen Balance gelehrt werden, wenn die Gemeinde erbaut werden soll.*

Außerdem äußerte Gott im Alten Testament konkrete Vorstellungen über den idealen Staat. Wenn auch die politische Regierung nicht von einer religiösen Organisation bestimmt wurde, sollte sie sich doch den Geboten Gottes unterstellen. Die staatliche Gesetzgebung war deshalb in Israel immer religiös begründet. Außerdem wurden Einzelentscheidungen des Staates immer durch religiöse (2Mos 22,19; 23,14-19), soziale (2Mos 21,1ff.; 22,20ff.), familiäre (5Mos 6,6ff.; 21,10-23), juristische (2Mos 21,12ff.) und wirtschaftliche (2Mos 22,24), letztlich von Gott gegebene Rahmengesetze bestimmt. Wied der Herrscher langfristig von dieser *Verfassung Gottes* ab, wurde er von einem Beauftragten Gottes (Propheten) ermahnt oder verlor ganz grundsätzlich seine Legitimität (2Kön 21,10f.; 2Sam 12,1ff.). In den verschiedenen Phasen des Alten Testaments gab es nicht nur eine einzige von Gott geforderte Regierungsform. Gelegentlich benutzte Gott auch fremde Völker, um seinen Willen durch-

z u s e t z e n  
(Hes 23,22-25; 26,3).  
D e s h a l b  
muss man  
wohl davon  
ausgehen,  
dass nicht  
das Re-  
gierungs-  
system,



wohl aber die Bindung und das Hören auf die Gebote Gottes für den Aufbau des optimalen Staates entscheidend sind (Ps 99,4; Spr 29,18).

### **Politik in Gottes Auftrag**

Die von Gott gewollten gesellschaftlichen Pflichten des einzelnen Bürgers richten sich größtenteils nach den Forderungen des jeweiligen Staates, die trotz möglicher Ungerechtigkeit nicht grundsätzlich infrage gestellt werden (2Mos 5; Dan 2,11ff.; Mt 5,40ff.). Als Ausnahmen gelten die von der Bibel klar geregelten, religiösen Verpflichtungen (Dan 1,8; 3) oder eindeutig als Sünde gekennzeichnetes Verhalten wie Mord. Im Israel der Königszeit gehörten zu den staatlich festgelegten Regeln die Teilnahme an der, vom Herrscher unabhängigen, lokalen Rechtsprechung (5Mos 22,18; 1Kön 21,9-12), die Bereitschaft zum Wehrdienst, das Zahlen der Steuer (1Sam 8,10-18), die Pflege und das Einhalten der wirtschaftlichen, familiären und sozialen Gesetze (5Mos 19ff.), sowie der Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der bestehenden Staatsordnung (Jer 29,7; vgl. 1Tim 2,2). Darüber hinaus berief Gott einzelne Menschen in verantwortungsvolle politische und gesellschaftliche Positionen, und das selbst in weitgehend gottlosen Staaten wie Ägypten (Joseph, 1Mos 41,37-47), Babylon (Daniel, Dan 2,48f.) oder Persien (Mardochai, Est 8,1f.).

*Christen sollten ihre Möglichkeiten nicht unterschätzen, positiven Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben. Durch das Gebet für den Staat können sie Gott bewegen, Politikern notwendige Weisheit zu geben und sie positiv zu verändern.*

### **Christen sind klug**

Für die Christen Europas ist es ein außerordentliches Geschenk Gottes, dass ihre Regierungen ihnen einen großen Freiraum gewähren, nicht einfach nur diktieren, sondern, wenn auch begrenzt, Mitsprachemöglichkeiten einräumen. Die Chance, durch Wahlen die Zusammensetzung der Regierung mitbestimmen zu können, sollten Christen zweifellos nutzen.

Je nach persönlichen Fähigkeiten und der entsprechenden Berufung Gottes können Christen auch zwischen den Wahlen deutlich ihre Meinung sagen und so auf biblische Maßstäbe hinweisen. Manchmal ist es hilfreich, seinem Abgeordneten eine christliche Perspektive nahezubringen, der schließlich wiedergewählt werden will und deshalb seinen potentiellen Wählern gut zuhört und bei anstehenden Entscheidungen vielleicht auch noch daran denkt. Auch freundliche aber klare Protestbriefe zu konkreten Gesetzesentscheidungen können einiges bewirken, besonders wenn sie zahlreich sind. Unterschriftenlisten, öffentliche Kundgebungen, Leserbriefe, Internetseiten, Interviews in den Medien oder aktive Mitarbeit in Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Massenmedien sind für den Christen legitime und vom Staat akzeptierte Mittel, die Gesellschaft mitzugestalten, statt lediglich im christlichen Schmollwinkel den Untergang der Welt zu erwarten.

Es gibt in Deutschland zahlreiche Möglichkeiten, sich als Christ mit staatlicher Unterstützung gesellschaftlich zu engagieren. Gelegentlich unterstützt der Staat sogar Initiativen, die den christlichen Glauben fördern, wie den Betrieb von Bekenntnisschulen oder Mehr- generationenhäusern. Im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und ähnlicher Förderprogramme können vom Staat auch sozial- diakonische Aufgaben der Gemeinde mitfinanziert werden. Für besondere Aktionen in der Kinder- und Jugendarbeit können manchmal vollkommen zu- recht praktische Hilfen und staatliche Zuschüsse in Anspruch genommen werden. So entspricht es sicher der von Jesus geforderten Klugheit des Christen (Mt 10,16), die Regeln des Staates für die Sache Gottes zu nutzen und gleichzeitig der Gesellschaft etwas wirklich Gutes zu tun.

### **Keine Vermischung der Interessen**

Natürlich sollten Christen in diesem Zusammenhang immer auf eine deutliche Trennung von Staat und Gemeinde achten. Kein Pastor oder Ältester sollte sich gleichzeitig politisch betätigen oder für irgendeine Partei werben (Mt 22,20f.; Joh 18,36). Auch Christen, die sich von Gott zu einem politischen Engagement be-

rufen fühlen, sollten sich vor allem nicht auf Parteipolitik konzentrieren, sondern auf Anliegen aufmerksam machen, zu denen es auch deutliche biblische Aussagen gibt. Dabei darf auch nie vergessen werden, dass es einen deutlichen Unterschied gibt zwischen den Forderungen Gottes für Christen (z.B. Gal 5,22-24) und den Schöpfungsgeboten für alle Menschen. Es macht keinen Sinn, eine gottferne Bevölkerung zu christlichen Lebensprinzipien zwingen zu wollen.

Schon im Alten Testament wurde streng auf die Trennung der Aufgaben und Kompetenzen geachtet. Mose war in erster Linie für die politische Führung des Volkes verantwortlich (2Mos 3,7-10; 18,13ff.); Aaron sollte die Gottesdienste und Opfer regeln (2Mos 7,1; 29,1ff.). Die Könige Israels waren vor allem politische Führer, manchmal auch fromme. Aus dem religiösen Bereich, der den Priestern und Propheten unterstand, sollten sich die Herrscher heraushalten (1Sam 13,8-14). Ähnliches ist auch im Neuen Testament zu beobachten. Weder Jesus, noch seine Jünger hatten sich je im engeren Sinne politisch engagiert. Sie wollten sich nicht in die staatlichen Auseinandersetzungen ihrer Zeit verstricken lassen, sondern allein auf das Reich Gottes ausrichten (Mt 22,15-22; Joh 3,3; 18,36-38). Trotzdem gab es auch unter den ersten Christen einzelne, die in ihrer Stellung als römische Hauptleute oder Staatsbeamte eine gewisse politische Verantwortung trugen (Apg 10ff.; 16,19-34; Phil 4,22), die allerdings immer von möglicher Verantwortung in der Gemeinde getrennt wurde.

### **Konkrete Gestaltungsmöglichkeiten**

Christen sollten ihre Möglichkeiten nicht unterschätzen, positiven Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben. Durch das Gebet für den Staat (Jer 29,7; 1Tim 2,1f.) können sie Gott bewegen, Politikern notwendige Weisheit zu geben und sie positiv zu verändern. Das ist die wichtigste und für alle Christen verpflichtende Verantwortung, die Regierung betreffend.

In einer Wahl können Christen die grobe politische Ausrichtung der Politik mitbestimmen. Durch Briefe an Fernsehanstalten, Zeitschriften und Internetportale können Christen das produzierte Programm zumindest

teilweise mitbestimmen (die meisten Medien achten sehr genau auf Zuschriften, da sie keine Leser oder Zuschauer verlieren wollen). Durch legale Demonstrationen zu biblisch relevanten Themen können Christen auf biblische Werte aufmerksam machen (vgl. Jer 16; 19; Hos 4,1-11). Christen können ihrem Abgeordneten mit gebotenem Anstand die Meinung sagen. Christen können bei konkreten Entscheidungen Unterschriftenlisten einreichen oder einen Bürgerentscheid fordern. Christen können auch bei Verwaltungen oder Gerichten Eingaben machen, wenn sie überzeugt sind, dass sie selbst oder andere ungerecht oder ungesetzlich behandelt werden.

In eigenen Vorträgen und Seminaren können Christen andere Menschen für biblische Positionen gewinnen. Christen können mit Bekenntnisschulen oder berufsspezifischen Arbeitsgruppen Menschen positiv prägen und sie in ihrer Verantwortung für Alltag und Gesellschaft begleiten. Christliche Einrichtungen können biblische Positionen für relevante gesellschaftliche Fragen sachkundig erarbeiten oder die besonderen Interessen von Behinderten, Abgetriebenen oder Verfolgten wahrnehmen. Dafür qualifizierte und berufene Christen können an öffentlichen Diskussionen teilnehmen, hilfreiche Beiträge im Internet gestalten und durch vorbildliches Handeln im Alltag auf christliche Lebensweisen aufmerksam machen (Apg 2,44-47; 1Petr 2,12-20).

Gemeinden können in sozialen Aktionen der praktischen Nächstenliebe Obdachlosen und Drogensüchtigen helfen (Mt 25,34ff.; 1Joh 3,17f.) oder Christen unterstützen, die sich von Gott in die wichtige gesellschaftliche Position berufen fühlen. Das sind nur einige von zahlreichen konkreten Möglichkeiten, die motivierte Christen haben, um die Gesellschaft positiv zu prägen.

Dabei darf allerdings nie die prinzipielle Trennung von *Gottes Reich* und dem *Reich der Welt* aus dem Blick verloren werden. Vor allem handelt es sich bei dem christlich-gesellschaftlichen Engagement um Aktivitäten von Christen als verantwortungsvollen Staatsbürgern, nicht um „christliche Politik“ oder eine Vermischung von

Gemeinde und Staat. Diese, von der Bibel vorgesehene, Trennung sollte unbedingt beachtet werden, um die geistliche Perspektive der Gemeinde nicht zu gefährden oder den Blick der Gläubigen und der Umwelt vor allem auf die jeweils aktuellen politischen Diskussionen, statt auf das immer gültige Evangelium zu lenken.

#### **Unterordnung unter den Staat**

Das Verhältnis zwischen Christ und Staat ist im Neuen Testament ziemlich eindeutig. Grundsätzlich soll sich der Gläubige der Autorität und den Ordnungen des Staates unterordnen, unabhängig davon, ob er dessen Anordnungen als sinnvoll und gerecht ansieht oder nicht. Daran lassen Jesus, Paulus und auch Petrus keinen Zweifel. Sie fordern die prinzipielle Unterordnung unter den Staat *„Ordnet euch deshalb aller menschlichen Ordnung unter um des Herrn willen, es sei dem König als dem Oberhaupt oder den Statthaltern als seinen Gesandten zur Bestrafung der Übeltäter und zum Lob derer, die Gutes tun. Denn das ist der Wille Gottes [...]“* (1Petr 2,13-15; vgl. Mt 22,21; Röm 13,1-7). Das schrieb Petrus im Römischen Reich, das sich ziemlich wenig nach den Geboten Gottes richtete und sogar die Verfolgung von Christen tolerierte. Auch Jesus forderte Gehorsam gegenüber den ungerechten römischen Besatzungsgesetzen, nach denen jeder Jude beispielsweise gezwungen werden konnte, das Gepäck eines Soldaten für eine Meile zu tragen (Mt 5,41). Paulus fordert den Sklaven Onesimus auf, entsprechend damals gültigem Recht, wieder zu seinem Herrn zurückzukehren, obwohl es nach Gottes Schöpfungsordnung keine legitime Sklaverei gibt (Philemon-Brief).

#### **Ungerechte Politik**

Manche Beschwerden über Politiker beruhen bei genauerer Betrachtung auf Unwissenheit, auf einer unzulässigen Reduzierung der relevanten Aspekte oder auf einer grundsätzlich anderen Weltanschauung. Gelegentlich ist die Kritik an Politikern aber auch vollauf berechtigt, vielleicht sogar notwendig. Und immerhin, in einer Demokratie ist das Mitdenken der Bevölkerungen zumindest theoretisch durchaus gewollt. Auch

Christen dürfen sagen, wenn ihnen etwas missfällt, solange sie dabei nicht beleidigend werden oder mit Falschinformationen operieren. Die Glaubensvorbilder biblischer Zeiten zumindest übten zuweilen scharfe Kritik an den Herrschenden. Gerade die Propheten gingen mit der Ungerechtigkeit, der Gottlosigkeit oder dem Egoismus der Herrschenden oft scharf ins Gericht. Elia beispielsweise kritisierte König Ahabs illegale Aneignung eines fremden Weinbergs deutlich (1Kön 21). Johannes der Täufer warf König Herodes Antipas seinen unmoralischen Lebensstil vor und wurde deshalb schlussendlich getötet (Lk 3,18-20). In früheren Zeiten war es offensichtlich deutlich gefährlicher, Herrschende auf ihren Machtmissbrauch oder ihr Fehlverhalten aufmerksam zu machen als heute.

Allerdings hat der Protest von Christen auch Grenzen. Er dient nämlich nicht dazu, private Interessen durchzusetzen oder einfach seinem Ärger Luft zu machen. Vor allem geht es darum, auf grobe Überschreitungen der Ordnungen Gottes hinzuweisen. Weder im Ton noch in Handlungen dürfen die Kritisierten dabei unnötig entwürdigt oder gar körperlich angegriffen werden.

Ungerechtigkeit gibt es viel und sie wird leider immer da bleiben, solange Gott nicht die Regierungsgeschäfte selber in die Hand nimmt. Auch Paulus fordert die Christen im Namen Jesu unmissverständlich auf:

*„Jeder ordne sich der Regierung unter, die über ihn gesetzt ist [...] Wersich gegen die Obrigkeit auflehnt, derwider setzt sich*



der Ordnung Gottes“ (Röm 13, 1+2). Auch wenn Christen nicht über alle Entscheidungen ihrer Politiker glücklich sind, sollen sie deren Gesetzen Folge leisten. Das gilt auch dann, wenn manches unsinnig wirkt oder eigene Nachteile beinhaltet. Die Unterordnung unter den Staat ist nicht daran gebunden, dass Politiker ehrlich, freundlich und weise sind. Übertretungen staatlicher Gesetze führen häufig zur Bestrafung von Gott und von der Polizei, wie Paulus weiter ausführt. An dieser Stelle darf nicht vergessen werden, dass Jesus und Paulus in einem Unrechtsstaat lebten, der beispielsweise Sklaverei und Korruption zuließ, sowie Glaubensfreiheit für Christen mit Füßen trat. Und trotzdem ordneten sie sich diesem Staat prinzipiell unter.

### Grenzen des Protests

Die Bibel kennt allerdings auch einen irgendwie doch gerechtfertigten Ungehorsam gegen staatliche Ordnung, wenn diese nämlich direkt einer grundlegenden geistlichen Ordnung widerspricht und den Gläubigen beispielsweise zu zwingen versucht, Gott zu leugnen oder klar zu sündigen. Die Freunde Daniels werden gelobt, weil sie sich weigerten, König Nebukadnezars Anordnung zur Anbetung eines Götzenbildes, zu gehorchen (Dan 3). Petrus wurde dringlich aufgefordert, nicht mehr weiter von Jesus zu sprechen. Er weigerte sich darauf zu verzichten, weil Christus selbst ihn damit beauftragt hatte. In solchen Ausnahmefällen

gilt: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 4,19; 5,29). Diese Ausnahme bezieht sich allerdings nicht auf einzelne ethische Vorstellungen, die der Staat seinen Untertanen erlaubt, nicht aber von ihnen fordert. Beispielsweise waren damals wie heute Scheidung und Abtreibung erlaubt, aber nicht gefordert. In diesem Fall verzichtet der Christ natürlich auf die Ausübung der staatlich erlaubten Unmoral. Wenn der Staat christliche Gottesdienste oder andere Aktivitäten aus Gründen der Gesundheit, von Krieg oder Naturkatastrophen verbietet, gilt grundsätzlich noch immer die von Gott geforderte Unterordnung. Der Christ kann sich weiterhin privat treffen, zuhause beten, singen oder Bibellesen.

Häufig allerdings, wenn Christen sich über staatliche Anordnungen aufregen, dann weil sie ihnen unsinnig oder lästig erscheinen oder weil sie Sünde prinzipiell nicht mehr als Sünde benennen. Manchmal sind gesetzliche Regelungen objektiv gesehen vielleicht sogar falsch. Gott entbindet den Christen deshalb aber nicht davon, sich konsequent der Regierung unterzuordnen. – Manchmal kann es am Ende sogar so herauskommen, dass die staatliche Ordnung vernünftiger war, als man zuerst angenommen hatte.

Außerdem soll der Christ natürlich auch in einer solchen Situation die Obrigkeit ehren, Steuern zahlen und für sie und ihre Entscheidungen

beten (Mt 22,21; Tit 3,1, 1Tim 2,1+2; 1Petr 2,17). Darüber hinaus gilt: „Zuallererst fordere ich die Gemeinde zum Gebet für alle Menschen auf [...] besonders für die Regierenden und alle, die in Verantwortung stehen.“ (1Tim 2,1+2). ☛

### Fussnoten

- 1 Vgl. Peter Guyot / Richard Klein; Das frühe Christentum bis zum Ende der Verfolgungen, 2 Bde., Darmstadt 1993.
- 2 Augustinus; De civitate dei 15,7
- 3 Vgl. H.Scholz; Glaube und Unglaube in der Weltgeschichte, Leipzig 1911
- 4 Vgl. Arnold Angenendt; Geschichte der Religiosität im Mittelalter, Darmstadt 1997, S.31-88, 311-325 Reinhold Zippelius; Staat und Kirche, München 1997, S.27-45
- 5 Vgl. Wolfgang Hage; Das Christentum im frühen Mittelalter, Göttingen 1993, S.41-50
- 6 Vgl. Nibert Brox Hrsg.; Die Geschichte des Christentums, Bd.5, Teil 4: Römischer Zentralismus und Einigung der Christenheit, S.555-795
- 7 Vgl. Erwin Iserloh; Mit dem Evangelium lässt sich die Welt nicht regieren, in: Aus der Lutherausforschung, Opladen 1983, S.49ff
- 8 Vgl. H. Hausserr; Der Staat in Calvins Gedankenwelt, Leipzig 1923
- 9 Christoph Link; Art. Kirche und Staat IV in: Staatslexikon, hrsg. von der Görres Gesellschaft, Freiburg 1987, Bd.3, Sp.484f
- 10 Vgl. Gustav Adolf Brenrath; Die Lehren der Täufer, in: Handbuch der Dogmen und Theologiegeschichte, Carl Andresen Hrsg. Göttingen 1980, Bd.2, S.611-664
- 11 H.S. Bender; Art. Theologie des Täufermennonitentums, in: ML 4 (1967) S.307
- 12 Vgl. Ronald J. Sider; Der Weg durchs Nadelöhr, Neukirchen Vluyn 1978
- 13 Erst in Frankreich von dem hugenottischen Pfarrer Rabaut (1789) beeinflusst, dann von den nach Amerika ausgewanderten Glaubensflüchtlingen bei der Gründung der USA
- 14 Martin Schmidt; Pietismus, Stuttgart 1972, S.143
- 15 Martin Schmidt; Pietismus, Stuttgart 1972, S.165
- 16 Vgl. F. Stepun; Dostojewski und Tolstoi - Christentum und soziale Revolution, 1961
- 17 Vgl. R.Hoffmann Hrsg.; Gottesreich und Revolution. Zur Vermengung von Christentum und Marxismus in politischen Theologien der Gegenwart, 1987
- 18 Vgl. Paul Mikat; Art. Kirche und Staat VI 1 in: Staatslexikon, hrsg. von der Görres Gesellschaft, Freiburg 1987, Bd.3, Sp.490-497

## ANZEIGE

# ZUM 100. TODESTAG VON FRITZ BINDE

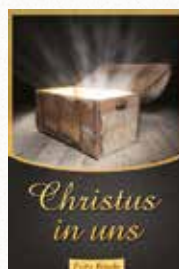
Fritz Binde (1867-1921), ein ehemaliger Atheist und Anarchist, lebte nach seiner Bekehrung einige Jahre bei Georg Steinberger in Rämismühle / Schweiz.

In dieser Zeit las er – nach eigener Aussage – fast nur noch die Bibel. Und dann trat dieser wache Geist vor die Menschen. Binde wirkte als Evangelist und Autor in großem Segen. Sein Buch „Vom Geheimnis des Glaubens“ ist ein wahrer Geheimtipp.

Alle vier CMD-Bücher sind anlässlich seines 100. Todesjahrs zu einem Binde-Paket zusammengefasst und im Preis stark ermäßigt.

Möge Gott, der HERR, diese kräftigen Botschaften für die heute lebende Generation erneut zum Segen gebrauchen

*W. Plock*  
WILFRIED PLOCK



**BINDE-PAKET**  
CMD, Art.Nr.: 250949

Regulär 32,00 €  
**19,90 €**

[www.mediendienst.org](http://www.mediendienst.org)

1921 - 2021